

van Suntum, Ulrich; Schultewolter, Daniel

Working Paper

Das costa fast gar nix? Das costa ganz viel! Kritik einer DIW-Rechnung zu den ökonomischen Auswirkungen der Flüchtlinge

Beiträge zur angewandten Wirtschaftsforschung, No. 37

Provided in Cooperation with:

University of Münster, Münster Center for Economic Policy (MEP)

Suggested Citation: van Suntum, Ulrich; Schultewolter, Daniel (2015) : Das costa fast gar nix? Das costa ganz viel! Kritik einer DIW-Rechnung zu den ökonomischen Auswirkungen der Flüchtlinge, Beiträge zur angewandten Wirtschaftsforschung, No. 37, Westfälische Wilhelms-Universität Münster, Centrum für Angewandte Wirtschaftsforschung (CAWM), Münster

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/125511>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Centrum für angewandte Wirtschaftsforschung
Universität Münster
Am Stadtgraben 9
48143 Münster
www.cawm.de
sekretariat@insiwo.de



Beiträge zur angewandten Wirtschaftsforschung Münster

Nr. 37
(November 2015)

Das costa fast gar nix? Das costa ganz viel!

Kritik einer DIW-Rechnung zu den ökonomischen Auswirkungen der
Flüchtlinge

von

Ulrich van Suntum *) und Daniel Schultewolter **)

*) Direktor im Centrum für angewandte Wirtschaftsforschung, Universität Münster

***) Dipl.-Volkswirt, Wissenschaftlicher Mitarbeiter im Centrum für angewandte
Wirtschaftsforschung, Universität Münster

Fragwürdige DIW-Berechnung der Flüchtlingseffekte

Das DIW hat eine Rechnung über die Nutzen und Kosten des Flüchtlingszustroms in Deutschland vorgelegt.¹ Demnach sei die zentrale Frage „nicht, ob die Flüchtlinge langfristig einen wirtschaftlichen Nutzen bedeuten, sondern lediglich, wie schnell die Leistungen der Flüchtlinge die zusätzlichen Ausgaben übertreffen.“ Auch die bereits in Deutschland lebenden Bürger würden „langfristig von der Zuwanderung profitieren und ein höheres Pro-Kopf-Einkommen erzielen.“² In drei Szenarien, die sich allerdings in den Annahmen nicht besonders stark voneinander unterscheiden, wird dies zu quantifizieren versucht. In allen Szenarien ergibt sich „auch für die bereits in Deutschland lebenden Menschen nach einigen Jahren eine Erhöhung des Pro-Kopf-Einkommens.“ Dabei seien die Kosten „für Unterbringung, Versorgung und Integration und die im weiteren Verlauf anfallenden Sozialleistungen“ bereits berücksichtigt. Selbst im pessimistischsten Szenario sei eine positive Bilanz nach etwa zehn Jahren zu erwarten, im optimistischsten Szenario könne diese sich bereits nach vier bis fünf Jahren einstellen. Daher müssten die anfänglichen Nettokosten als lohnende „Investition in die Zukunft“ begriffen werden.³ Eine Bilanz, welche nur auf die fiskalischen Kosten und Erträge abstelle, sei „bestenfalls Unfug und schlimmstenfalls Populismus“.⁴ Vielmehr müssten durch die Flüchtlinge induzierte Steigerungen des BIP durch angebots- und nachfrageseitige Effekte mit berücksichtigt werden. Längerfristig seien die Flüchtlinge dann „ein Gewinn“.

Während die Annahmen der einzelnen Szenarien im Wochenbericht gut dokumentiert sind, gilt dies nicht für die Methodik der Berechnung. Hierzu werden nur wenige Angaben gemacht, aus denen sich der konkrete Rechenweg nicht erschließt. Später stellte das DIW eine Excel-Datei zum Download auf seiner Webseite bereit, welche die komplette Rechnung enthält. Es fehlen jedoch dazu jegliche Erläuterungen, so dass man sich mühsam durch die verschachtelten Zellbezüge kämpfen muss, um zu verstehen, wie im Einzelnen vorgegangen wurde. Die nachfolgenden Ausführungen dazu sind das Ergebnis tagelanger Bemühungen der Verfasser, die DIW-Rechnung auf dieser Basis nachzuvollziehen. Das Ergebnis ist erstaunlich.

Denn weder wurde nachfrageseitig eine Multiplikatoranalyse durchgeführt, wie der DIW-Wochenbericht insinuiert, noch basieren die angebotsseitigen Komponenten der Berechnung auf einem produktionstheoretischen Ansatz. Vielmehr handelt es sich, abgesehen von einer sehr sorgfältigen Unterscheidung der einzelnen Flüchtlingskohorten, um eine grobe Überschlagsrechnung, die zudem schwere methodische Fehler aufweist. Dies betrifft sowohl die theoretischen Zusammenhänge als auch die Grundlagen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung.

Zudem finden sich mehrfach handwerkliche Fehler wie falsche Zellbezüge und Bezeichnungen, die allerdings keine gravierenden Auswirkungen haben. Anders ist dies aber bei den grundlegenden Fehlern, denn allein diese sind verantwortlich für die positive Bewertung der Flüchtlingsbilanz. Rechnet man dagegen unter Zugrundelegung der vom DIW getroffenen Annahmen methodisch richtig, so kehren sich die Ergebnisse ins Gegenteil um. Selbst im optimistischsten Szenario des Instituts ergeben sich dann hohe Nettokosten für die einheimische Bevölkerung, und zwar auch in der langen Frist. Im Folgenden wird dies im Einzelnen begründet.

¹ Marcel Fratzscher/Simon Junker, Integration von Flüchtlingen – eine langfristige Investition. DIW Wochenbericht 45/2015, S. 1083 – 1088. Vgl. auch: Was Flüchtlinge kosten. Gastbeitrag in der WELT vom 6.11.2015, S. 2.

² DIW Wochenbericht, a.a.O., S. 1083.

³ Ebenda, S. 1087.

⁴ Gastbeitrag in der WELT, a.a.O.

Methodik der DIW-Rechnung

Die Verfasser gehen bei ihrer Rechnung wie folgt vor:

- Zunächst werden die Flüchtlinge jahrgangswise in Arbeitende und Nicht-Arbeitende aufgeteilt. Dies geschieht recht sorgfältig in einem aufwändigen Kohortenmodell mithilfe unterschiedlicher Annahmen hinsichtlich Produktivität, Erwerbs- und Arbeitslosenquoten.
- Sodann wird die BIP-Steigerung berechnet, welche sich aus der Beschäftigung der Flüchtlinge ergibt. Dies erfolgt jedoch nicht mit einer Produktionsfunktion, sondern durch eine einfache Dreisatzrechnung. Es wird schlicht unterstellt, dass die Flüchtlinge einen bestimmten Prozentsatz der Durchschnittsproduktivität der einheimischen Bevölkerung haben (meist zwei Drittel). Dieser Prozentsatz, multipliziert mit ihrer Anzahl, ergibt den angebotsseitigen BIP-Zuwachs.
- Sodann werden die Lohneinkommen der Flüchtlinge von diesem BIP-Zuwachs abgezogen, denn sie kommen ja nicht den Einheimischen zugute. Den Rest des BIP-Zuwachses (etwa die Hälfte) verbuchen die Autoren als „Gewinn“ der Einheimischen.
- Im nächsten Schritt wird ein zusätzlicher Nachfrageeffekt berechnet. Dieser errechnet sich zum einen aus den Ausgaben, welche von den Einheimischen für den Unterhalt und die Integration der Flüchtlinge getätigt werden. Zum anderen entfalten die beschäftigten Flüchtlinge aus ihrem Lohneinkommen ebenfalls zusätzliche Nachfrage.
- Beide Nachfragequellen werden aber nicht vollständig, sondern nur mit jeweils 50 % in Ansatz gebracht. Die Autoren begründen das damit, dass ein Teil der Produkte importiert wird.
- Sodann werden der angebotsseitige und der nachfrageseitige BIP-Zuwachs schlicht zur Gesamtsteigerung des BIP addiert. Beide werden den Einheimischen als „Gewinn“ zugerechnet.
- Im letzten Schritt schließlich ziehen die Autoren von diesem „Gewinn“ wiederum die für die Flüchtlinge aufgebrachten Kosten ab. Der verbleibende Betrag wird als Nettogewinn bzw. – falls negativ – als Nettokosten der Flüchtlinge für die einheimische Bevölkerung ausgewiesen.
- Im Ergebnis zeigt sich, dass dieser Nettogewinn in den ersten Jahren negativ, danach aber positiv ist. Daraus leiten die Autoren ab, dass der Flüchtlingszustrom mittel- und langfristig die einheimische Bevölkerung begünstige.

Die Nachvollziehbarkeit der Ergebnisse wird u. a. dadurch erschwert, dass in der zeitlichen Berechnung zusätzlich noch ein autonomes Wirtschaftswachstum von 3 % (nominal) angenommen wird. Dies ist zwar für die grundsätzlichen Ergebnisse nicht von Belang, überlagert aber unnötigerweise den eigentlichen „Flüchtlingseffekt“. Ärgerlich sind außerdem einige technische Fehler in der Excel-Tabelle. So werden z.B. die Produktionsbeiträge der Flüchtlinge im Jahr 2020 teilweise aus Zellen berechnet, die sich auf das Folgejahr beziehen, während für alle anderen Jahre korrekt gerechnet wird (vgl. Zelle DA10). In Zelle DF10 ist ein ähnlicher Fehler passiert; dort wird die Bevölkerung inklusive Flüchtlinge aus der Bevölkerung ohne Flüchtlinge des nachfolgenden Jahres berechnet, statt (wie in allen anderen Zellen der gleichen Spalte) korrekterweise aus der Grundbevölkerung des gleichen Jahres. An anderer Stelle wird statt der Gewinnquote, wie die Bezeichnung der Zelle lautet, in Wirklichkeit die Lohnquote ausgewiesen (Zelle Z34). Das hätte ins Auge gehen können, denn die Gewinnquote ist von entscheidender Bedeutung für die Berechnungen. Die Autoren haben jedoch das Glück, dass beide Quoten (in der von ihnen verwendeten Definition) fast identisch bei jeweils 0,5 liegen, so dass sich auch dieser Fehler quantitativ nicht auswirkt. Das gleiche gilt für die falsche Bezeichnung der Grafiken in der Excel-Tabelle, wo das optimistische mit dem pessimistischen Szenario

verwechselt wird. Diese Nachlässigkeiten haben letztlich keinen merklichen Einfluss auf die Ergebnisse, zeigen aber bereits, dass hier offenbar „mit heißer Nadel gestrickt“ wurde.

Insgesamt ist die DIW-Rechnung denkbar einfach aufgebaut, sie ist kaum mehr als eine grobe Überschlagsrechnung. Das wäre nicht weiter schlimm, wenn die Autoren sie methodisch korrekt ausgeführt und entsprechend kommuniziert hätten. Beides ist aber nicht der Fall. So liegt zum Beispiel, anders als behauptet, keine Multiplikatoranalyse vor. Denn der jährliche Nachfrageeffekt geht in der Tabelle jeweils nur einmal in das BIP ein und hat in den späteren Jahren keinerlei Folgewirkung mehr. Stattdessen werden dann neue Nachfrageimpulse wirksam, die aber ebenfalls nur ein Jahr andauern. Die Publikation im Wochenbericht gibt die Verwendung einer anspruchsvollen keynesianischen Methodik vor, die in Wahrheit aber nicht angewendet wurde. Es handelt sich um einfache Additionen.

Das ist durchaus zulässig, hätte aber offen kommuniziert werden sollen. Wirklich gravierend sind dagegen die methodischen Fehler der Rechnung, denen wir uns jetzt zuwenden:

- (1) Die Rechnung des DIW stellt ein Konjunkturprogramm keynesianischer Prägung dar, welches angesichts seiner 20-jährigen Laufzeit die keynesianische Theorie ad absurdum führt. Sofern es sich um einen schuldenfinanzierten Nachfrageimpuls handelt, müssen die Schulden nämlich auch getilgt, zumindest aber verzinst werden. Dies wird in der Rechnung jedoch nicht berücksichtigt. Insofern wird an dieser Stelle ein Nettonachfrageimpuls wirksam, jedoch mit Bruttogrößen gerechnet. In anderen Untersuchungen weist das DIW selbst auf die Unterscheidung von Brutto- und Nettoeffekten hin.⁵ Hier aber wird sie nicht thematisiert, geschweige denn rechnerisch berücksichtigt.
- (2) Auch aus einem anderen Blickwinkel erschließt sich die Berechnung der Nachfrageeffekte nicht eindeutig. Selbstverständlich sind solche Effekte mit jeder Ausgabe verbunden, die von den Flüchtlingen selbst oder zu ihrer Unterstützung getätigt wird. Aber sind sie größer als die Effekte, die bei anderweitiger Verwendung der entsprechenden Mittel erzielt worden wären? Zumindest für die Unterstützungszahlungen wird man davon ausgehen können, dass sie überwiegend nicht zusätzlich, sondern lediglich an Stelle anderer Ausgaben getätigt werden. So hätte ohne den Flüchtlingszustrom zum Beispiel mehr für die Sanierung der maroden Verkehrsinfrastruktur ausgegeben werden können. Insoweit liegt also nur eine andere Verwendung, aber kein zusätzlicher Nachfrageimpuls und erneut keine Unterscheidung zwischen Brutto- und Nettoeffekt vor. Auch dies führt zu einer zu optimistischen Ausweisung der Wohlfahrtseffekte.
- (3) Entscheidend ist aber letztendlich nicht, ob ohne die Flüchtlinge weniger Geld vom Staat ausgegeben worden oder weniger investiert worden wäre, was ohnehin niemand wissen kann. Denn in jedem Fall hätte man ein entsprechendes Konjunkturprogramm auch ohne den Flüchtlingszustrom auflegen können. Die Effekte können schon deshalb nicht als Gewinn aus dem Flüchtlingszustrom verbucht werden. Ob ein solches Konjunkturprogramm überhaupt sinnvoll ist in einer Situation wie der derzeitigen mit Normalauslastung der Kapazitäten, kann dahingestellt bleiben.⁶
- (4) Allenfalls für die Ausgaben aus den neu generierten Flüchtlingseinkommen selbst könnte man einen Multiplikatoreffekt ableiten. Dann wäre aber zu prüfen, ob dieser Nachfrageimpuls tatsächlich zu einer weiteren Produktionssteigerung führt oder vielleicht nur zu Preissteigerungen. Offenbar hängt dies u. a. vom Auslastungsgrad der Produktionskapazitäten ab. Auch diese Frage

⁵ Vgl. z.B. DIW/ECON, Die Beschäftigungseffekte der Energiewende, Berlin 2015, S. 3.

⁶ Der Sachverständigenrat schreibt in seinem jüngsten Gutachten sogar, dass die Produktionskapazitäten in der Industrie derzeit „leicht überausgelastet sind“, vgl. SVR, JG 2015/16, S. 102. In einer solchen Situation verbieten sich eigentlich expansive fiskalische Maßnahmen.

wird aber von den Verfassern nicht thematisiert. Die gesamte Rechnung erfolgt vielmehr in rein nominalen Größen, die wie selbstverständlich in voller Höhe als Wohlstandszuwachs interpretiert werden. Erneut wird damit der Wohlfahrtszuwachs tendenziell zu hoch ausgewiesen.

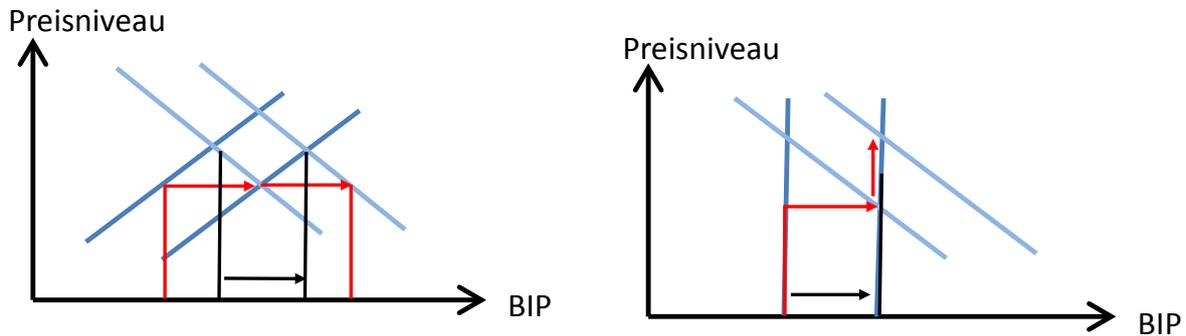
- (5) Bei der Berechnung der Angebotseffekte in der Excel-Tabelle fällt auf, dass der Produktionsbeitrag der beschäftigten Flüchtlinge nicht nach der durchschnittlichen Arbeitsproduktivität berechnet wird, sondern nach dem durchschnittlichen Pro-Kopf-Einkommen der Gesamtbevölkerung (vom Baby bis zum Greis).⁷ Das ist ein viel zu geringer Wert, denn ein arbeitender Flüchtling erwirtschaftet ja das Einkommen eines einheimischen *Beschäftigten* (bzw. hier zwei Drittel davon). Insoweit *untertreibt* die DIW-Rechnung den Produktionsbeitrag der Flüchtlinge erheblich.
- (6) Andererseits hält das DIW die Produktivität der Flüchtlinge konstant, unabhängig von ihrer Anzahl. Das ist aber nicht realistisch, denn die zusätzliche Beschäftigung von mehr als einer Million unqualifizierten Arbeitskräften wird nicht möglich sein, ohne dabei auf Jobs zurückzugreifen, die weniger produktiv sind als die bisherigen. Das entspricht auch der ökonomischen Theorie, die eine sinkende Grenzproduktivität bei Mehreinsatz des betreffenden Produktionsfaktors vorausagt. Da die vom DIW unterstellte Zunahme der unqualifizierten Beschäftigten fast 40 % beträgt, darf dieser Effekt nicht vernachlässigt werden. Das DIW weist insoweit die Produktionsbeiträge der Flüchtlinge zu hoch aus.⁸
- (7) Der nächste Fehler geht in die gleiche Richtung. Denn das BIP nach Abzug der Flüchtlingsentlohnung wird zu Unrecht als „Gewinn“ der Einheimischen interpretiert. Das BIP enthält nämlich nicht nur Löhne und Gewinne, sondern (neben weiteren kleinen Korrekturposten) vor allem auch die Abschreibungen. Diese sind aber kein Bestandteil des Verfügbaren Einkommens und somit auch kein Gewinn, sondern sie bezeichnen den Verschleiß von Anlagen und Infrastruktur. Selbst wenn man unterstellt, dass nicht sofort mit Ankunft der Flüchtlinge auch zusätzliche Abschreibungen anfallen, so ist dies doch mit fortdauerndem Aufenthalt in Deutschland zweifellos der Fall. Man denke nur an die Wohncontainer, die eine relativ kurze Lebensdauer haben, oder an die Beanspruchung normaler Wohnungen sowie von Produktionsanlagen und Infrastruktur. Da die DIW-Berechnung sich bis zum Jahr 2035 erstreckt, ist es unzulässig, auf den Ansatz von Abschreibungen zu verzichten bzw. diese nicht einmal zu thematisieren. Im Durchschnitt der Jahre 2000 bis 2014 machten sie immerhin knapp 18 % des BIP aus. Die Vorteile der einheimischen Bevölkerung werden insoweit erneut zu hoch ausgewiesen.
- (8) Damit kommen wir zum vielleicht gravierendsten Fehler der DIW-Rechnung: Angebots- und Nachfrageeffekte werden schlicht zum Gesamtzuwachs des BIP addiert. Angebot und Nachfrage sind jedoch zwei Seiten derselben Medaille. Verschieben sich (etwa im keynesianischen AS-AD-Diagramm)⁹ beide Kurven nach rechts, so ist der Gesamteffekt auf die produzierte Menge nicht gleich der Summe beider Verschiebungen, sondern wesentlich geringer. Das gilt schon bei normalen Elastizitäten, wenn also noch Spielraum für weitere Produktionssteigerungen besteht (vgl. Diagramm, linke Seite). Es gilt aber erst recht in einer Situation mit bereits hoher Kapazitätsauslastung, wie sie derzeit in Deutschland vorliegt. In diesem Fall ist allein der Angebotseffekt rele-

⁷ Vgl. z. B. Zelle Q7, wo der „supply side-Effekt“ wie folgt berechnet wird: $0,67 \cdot 100 \cdot 299 / 84.929$. Dabei ist 299 die Zahl der arbeitenden Flüchtlinge und 84.929 die Gesamtbevölkerung (einschließlich der Flüchtlinge, beide Zahlen in 1000). Der Faktor 0,67 steht für die relative Produktivität der Flüchtlinge im Vergleich zu den einheimischen Beschäftigten.

⁸ Vgl. zu den Zahlen und Zusammenhängen im Einzelnen auch den Anhang, wo wir die Produktionsbeiträge der Flüchtlinge mithilfe einer Produktionsfunktion abschätzen.

⁹ AS und AD stehen für aggregate supply bzw. aggregate demand und sind Bestandteil der sog. Neoklassischen Synthese, die in jedem Makro-Lehrbuch ausführlich behandelt wird.

vant, eine zusätzliche Nachfrageerhöhung führt dagegen lediglich zu steigenden Preisen (rechter Teil des Diagramms).



Dennoch werden in den Rechnungen des DIW beide Effekte addiert, ohne zu berücksichtigen, dass zumindest ein Teil des Nachfragezuwachses der Flüchtlinge nur das widerspiegelt, was auf der Angebotsseite bereits erfasst ist. Dieses Vorgehen erhöht nochmals den scheinbaren Wohlfahrtsgewinn der einheimischen Bevölkerung.

Nimmt man alles zusammen, so muss man der Studie gravierende Schwächen bescheinigen. Sie wird den Anforderungen an eine wissenschaftlich fundierte Analyse nicht gerecht. Während die Plausibilität der Annahmen hier nicht weiter thematisiert wurde, weist schon allein die Methodik schwerste Mängel auf. Es wird nicht zwischen nominalen und realen Größen unterschieden, ebenso wenig zwischen brutto und netto (und dies an gleich vier Stellen)¹⁰. Gegen Regeln der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung wird ebenso verstoßen wie gegen grundlegende theoretische Zusammenhänge. Anstelle anspruchsvoller Multiplikatoranalysen werden Dreisatzrechnungen vollzogen, die Beschäftigtenproduktivität wird mit dem Pro-Kopf-Einkommen der Gesamtbevölkerung gleichgesetzt. Hinzu kommen eine mangelhafte Dokumentation des Vorgehens und handwerkliche Ungenauigkeiten.

Bewertung der empirischen Ergebnisse

Im Ergebnis werden die positiven Effekte der Flüchtlinge auf das BIP deutlich zu hoch ausgewiesen, und noch stärker gilt dies in Bezug auf das verfügbare Einkommen der Einheimischen. Um das Ausmaß des Fehlers einzuschätzen, wird hier eine Alternativrechnung vorgelegt, welche die o. g. Kritikpunkte aufgreift. Diese wird der DIW-Rechnung gegenübergestellt, wobei wir uns hier auf einen einfachen „Mit-Ohne“-Vergleich für den Zeitraum 2015 bis 2025 beschränken und nur das optimistische DIW-Szenario betrachten. „Mit-Ohne“-Vergleich bedeutet, dass die Entwicklung jeweils mit bzw. ohne Flüchtlingszustrom verglichen wird, und zwar unter sonst gleichen Umständen. Es wird also im Unterschied zum DIW-Vorgehen nicht zusätzlich noch ein autonomes Wirtschaftswachstum unterstellt, da dies den Vergleich nur erschweren würde. Die „Mit-Ohne“-Methode ist zum Beispiel in der Verkehrswegeplanung üblich und erscheint auch hier angemessen, um ein klares Bild der Auswirkungen allein des Flüchtlingszustroms zu erhalten.

¹⁰ Zum einen wird das Bruttoinlandsprodukt mit dem verfügbaren Einkommen verwechselt, zum zweiten der Bruttoeffekt einer Nachfragesteigerung mit ihrem Nettoeffekt gleichgesetzt, zum dritten der Nettoeffekt einer schuldenfinanzierten Nachfrageausweitung mit ihrem Bruttoeffekt gleichgesetzt, und zum vierten wird der Bruttoeffekt einer gleichzeitigen Erhöhung von Angebot und Nachfrage mit dem daraus resultierenden, geringeren Nettoeffekt auf die reale Produktion gleichgesetzt.

Im Einzelnen treffen wir folgende Annahmen, die den DIW-Annahmen im optimistischen Szenario entsprechen. Sie sind nur teilweise aus der Publikation im Wochenbericht ersichtlich und im Übrigen der Excel-Tabelle des DIW entnommen worden:

- Es kommen im angegebenen Zeitraum (2015 bis 2025) insgesamt 3,344 Mio. Flüchtlinge, von denen bis 2025 aber nur 1,027 Mio. in den Arbeitsmarkt integriert sind.
- Die beschäftigten unqualifizierten Flüchtlinge haben anfangs 2/3 der Arbeitsproduktivität der einheimischen qualifizierten Beschäftigten.¹¹ Wir berücksichtigen in der Alternativrechnung aber auch, dass ca. 10 % der einheimischen Beschäftigten ebenfalls unqualifiziert sind.
- Wir berücksichtigen im Unterschied zum DIW umgekehrt zudem, dass ca. 10 % der Flüchtlinge durchaus qualifiziert sind, und nehmen deswegen in unserer Alternativrechnung eine zusätzliche Beschäftigung von 114.000 qualifizierten Flüchtlingen im Jahr 2025 an. Deren Produktivität entspricht derjenigen der qualifizierten Einheimischen.
- In der Alternativrechnung berechnen wir die Produktionseffekte anhand einer Cobb-Douglas-Produktionsfunktion. Dadurch werden auch Veränderungen der Produktivität mit steigender Beschäftigung berücksichtigt.¹²
- In der Alternativrechnung wird berücksichtigt, dass das BIP nicht dem Verfügbaren Einkommen entspricht. Für den wichtigsten Korrekturposten, die Abschreibungen, nehmen wir 9 % vom BIP an, das ist der Mittelwert zwischen dem langjährigen empirischen Wert von knapp 18 % und dem vom DIW mit Null angesetzten Wert. Damit tragen wir dem Umstand Rechnung, dass nicht sofort mit der Produktionsaufnahme der Flüchtlinge auch entsprechende Abschreibungen entstehen, wohl aber später.
- Die Alternativrechnung berücksichtigt aus den oben genannten Gründen nur die angebotsseitige Erhöhung des BIP aufgrund des Produktionsbeitrages der Flüchtlinge. Der umstrittene Nachfrageeffekt bleibt unberücksichtigt. Allerdings fällt der Angebotseffekt deutlich höher aus als in der DIW-Rechnung, weil letzterer auf einer falschen – und dadurch zu niedrig angesetzten – Produktivitätsannahme für berufstätige Flüchtlinge beruht.
- Bei den Kosten der Flüchtlinge übernehmen wir die DIW-Annahmen. Allerdings sind dabei zum Beispiel die Gesundheitskosten offenbar nicht berücksichtigt worden, die nach unserer überschlägigen Schätzung die Einheimischen nochmals mit rd. 2 Mrd. € belasten.¹³
- Ebenso wie das DIW verzichten wir auf weitergehende Berechnungen etwa der Effekte auf die Rentenfinanzen und auf die Steuereinnahmen, da dies den Rahmen sprengen würde.¹⁴ Wir ver-

¹¹ Hier wurde zur Vereinfachung mit 2/3 der Produktivität der qualifizierten Einheimischen gerechnet, was aber keinen großen Unterschied macht, da ca. 90 % der Einheimischen qualifiziert sind. Die fehlerhafte Berechnung der Produktivität anhand des Pro-Kopf-Einkommens in der Excel-Tabelle des DIW wurde nicht übernommen.

¹² Vgl. dazu den Anhang. Cobb-Douglas-Produktionsfunktionen werden auch von der Deutschen Bundesbank und dem Sachverständigenrat für ähnliche Untersuchungen verwendet. Ihre Exponenten ergeben sich aus den Einkommensquoten der jeweiligen Produktionsfaktoren, wofür wir die DIW-Angaben verwendet und ergänzt haben.

¹³ Das sind die Nettokosten, also bereits nach Abzug der Kassenbeiträge der beschäftigten Flüchtlinge, vgl. dazu die Berechnung im Anhang.

¹⁴ Demnach sind bereits die fiskalischen Nettobeiträge der schon in Deutschland lebenden Migranten – die weit besser qualifiziert sind als die jetzigen Flüchtlinge – in langfristiger Sicht stark negativ. Es ist daher zu vermuten, dass eine Aktualisierung dieser Studie zu einer noch negativeren Bilanz aus Sicht der Einheimischen führen würde.

weisen aber auf entsprechende Berechnungen von Bonin (2014), welche allerdings noch nicht die aktuellen Flüchtlingsströme erfassen konnte.¹⁵

Die Berechnung sowohl für das (optimistische) DIW-Szenario als auch für die Alternativrechnung erfolgt so, dass jeweils das BIP des Jahres 2015 (3.029 Mrd. €) zugrunde gelegt wird. Es wird sodann ermittelt, wie sich nach den beiden Rechnungen dieses BIP und die daraus abgeleiteten Größen verändern würden, wenn man die zwischen 2015 und 2025 laut DIW zu erwartenden Flüchtlinge mit einbezieht, und zwar wiederum mit den DIW-Annahmen bzgl. ihrer Anzahl, Arbeitsmarktintegration etc. Allerdings wird die Produktivitätsberechnung des DIW in der Alternativrechnung entsprechend korrigiert, und es werden zudem auch die qualifizierten Beschäftigten unter den Flüchtlingen mit einbezogen (s. o.). Beides führt dazu, dass der angebotsinduzierte BIP-Anstieg deutlich stärker ausfällt als in der DIW-Rechnung, ebenso ihre Lohnsumme. Für die Kosten der Flüchtlinge werden die (relativ niedrigen) Werte angenommen, welche das DIW für 2025 erwartet.

Der Vergleich der beiden Rechnungen weist deutliche Unterschiede auf, nicht nur in der Höhe, sondern auch im Vorzeichen der Effekte. Es zeigt sich, dass selbst mit den optimistischen Annahmen des DIW keineswegs ein ökonomischer Nettovorteil für die Einheimischen entsteht, sondern im Gegenteil eine Belastung von rd. 14,3 Mrd. €. Dies wohlgermerkt nach einem Zeitraum von zehn Jahren, für den das DIW längst eine positive Bilanz erwartet. Die nachfolgende Tabelle zeigt auch, worauf dieser Unterschied im Wesentlichen zurückgeht, nämlich auf den fragwürdigen Nachfrageeffekt und dessen Addition zu dem (allerdings beim DIW zu gering ausgewiesenen) Angebotseffekt. Die Vernachlässigung der Abschreibungen sowie der anderen Korrekturposten zwischen dem BIP und dem verfügbaren Einkommen spielen demgegenüber eine untergeordnete, wenn auch keine vernachlässigbare Rolle.

Tab. 1: Vergleich der DIW-Rechnung mit der Alternativrechnung

	Eigene Rechnung	Optimistisches Szenario DIW
Zuwachs BIP	36,4 Mrd. (+1,2 %)	44,8 Mrd. (+1,5 %)
<i>davon Angebotseffekt</i>	<i>36,4 Mrd. (+1,2 %)</i>	<i>24,8 Mrd. (+0,8 %)</i>
<i>davon Nachfrageeffekt</i>	<i>-</i>	<i>20,0 Mrd. (+0,7 %)</i>
./ . zusätzl. Abschreibungen	3,3 Mrd. (9 % vom BIP)	-
+ weitere Korrekturposten	0,4 Mrd.	-
= Zuwachs Verfügbares Einkommen	33,5 Mrd.	44,8 Mrd.
./ . Lohnsumme unqualifizierte Flüchtlinge	26,1 Mrd.	22,4 Mrd.
./ . Lohnsumme qualifizierte Flüchtlinge	6,1 Mrd.	-
= Zuwachs Verf. Einkommen Einheimische	1,3 Mrd.	22,4 Mrd.
./ . Flüchtlingskosten (laut DIW)	15,6 Mrd. (0,5 % v. BIP)	15,6 Mrd. (0,5 % v. BIP)
= Verbleibender „Gewinn“ Einheimischer	-14,3 Mrd.	+6,8 Mrd.

Es kommt noch ein weiterer, wichtiger Punkt hinzu, nämlich die Verteilungswirkungen des Flüchtlingszustroms zwischen den inländischen Produktionsfaktoren. Das DIW argumentiert selbst, dass der Vorteil der Einheimischen letztlich auf der Zunahme von Gewinnen beruht, welche Unternehmen mit der Beschäftigung von Flüchtlingen verdienen, problematisiert dies jedoch nicht weiter. Das ist über-

¹⁵ Vgl. Holger Bonin, Der Beitrag von Ausländern und künftiger Zuwanderung zum deutschen Staatshaushalt, (Studie im Auftrag der Bertelsmann Stiftung, o. J.) (2014)

raschend, da das gleiche Institut in anderen Studien die Ungleichheit der Einkommen in Deutschland kritisiert.

Noch erstaunlicher ist, dass dem DIW ein anderer Effekt entgeht, den wir oben bereits angesprochen haben. Denn eine starke Zunahme der unqualifizierten Beschäftigten kann nicht ohne Einfluss auf deren Gleichgewichtslohn bleiben, und dies trifft auch die Einheimischen ohne Qualifikation. Dagegen erfahren die Qualifizierten einen Einkommenszuwachs, jedenfalls vor Abzug der Flüchtlingskosten. Im Rahmen unserer Alternativrechnung können wir diese Effekte auch quantifizieren. Dabei zeigt sich, dass der Flüchtlingszustrom die Ungleichverteilung der Einkommen innerhalb der einheimischen Bevölkerung deutlich verschärft:

Tab. 2: Verteilungseffekte der Flüchtlingsbeschäftigung (nach Alternativrechnung)

Arbeitnehmergruppe	Veränderung des Pro-Kopf-Einkommens durch die Beschäftigung der Flüchtlinge (ohne Flüchtlingskosten)
Unqualifizierte Einheimische	-26,6 %
Qualifizierte Einheimische	+0,8 %
Kapitaleigner	+1,2 %
Einheimische Arbeitnehmer insgesamt	-0,9 %
Durchschnittseinkommen aller Arbeitnehmer (2015 ohne, 2025 inklusive Flüchtlinge)	-2,6 %

Es gewinnen die Kapitaleigner und die qualifizierten Arbeitnehmer, wenn auch nur leicht, während der Gleichgewichtslohn der unqualifizierten Arbeitnehmer um mehr als ein Viertel sinkt. Dieses Ergebnis steht in Einklang mit den Voraussagen der ökonomischen Migrationstheorie.¹⁶ Natürlich wird man die Markteinkommen der Unqualifizierten nicht wirklich so stark sinken lassen, das verhindert schon der Mindestlohn. Aber viele von ihnen werden ihre Jobs verlieren, in die Schwarzarbeit abwandern, oder sie müssen – wie in Frankreich – mithilfe von Lohnsubventionen oder anderen staatlichen Hilfen künstlich in Beschäftigung gehalten werden.

Fazit

Wir kommen zu dem Schluss, dass die DIW-Rechnung aufgrund der aufgezeigten Mängel keine Aussagen über die ökonomischen Effekte des Flüchtlingszustroms erlaubt. Niemand wirft ihren Autoren vor, eine vereinfachte Rechnung versucht zu haben. Aber auch eine einfache Rechnung muss methodisch richtig, sauber dokumentiert und in ihren Schlussfolgerungen hinreichend transparent sein. Leider ist das hier nicht der Fall. Eine Korrektur der gravierenden Schwächen zeigt zudem ein diametral entgegengesetztes Ergebnis:

¹⁶ Vgl. dazu: Ulrich van Suntum, Lohneffekte der Migration, Das Wirtschaftsstudium (WiSu), H. 11/2015.

- Statt eines Gewinns für die Volkswirtschaft bedeutet der Flüchtlingszustrom ökonomisch eine massive Belastung der einheimischen Bevölkerung, und zwar auch langfristig und unter den optimistischen Annahmen der drei DIW-Szenarien.
- Es treten starke Umverteilungswirkungen zu Ungunsten derjenigen auf, die ohnehin schon am stärksten unter Arbeitslosigkeit und geringen Einkommen leiden, nämlich der unqualifizierten einheimischen Arbeitnehmer.
- Die leichten Gewinne der qualifizierten Arbeitnehmer und der Unternehmer und Kapitalbesitzer fallen demgegenüber kaum ins Gewicht. Es sinkt sowohl das Durchschnittseinkommen insgesamt als auch – nach Abzug der Flüchtlingskosten – das verfügbare Einkommen der einheimischen Bevölkerung.

Diese politisch unbequemen, aber leider zu erwartenden Effekte dürfen in einer wissenschaftlichen Analyse nicht verschwiegen werden. Man kann sich über das Ausmaß streiten – auch unsere Rechnung ist nicht mehr als eine grobe Abschätzung, die weiterer, vertiefender Studien bedarf. Aber die Richtung der Verteilungswirkungen ist eindeutig und sie müsste auch den Autoren des DIW bewusst sein, selbst wenn ihre Rechnung sie nicht explizit aufzeigen kann. Es bleibt zu fragen, warum sie neben den positiven Effekten nicht wenigstens verbal darauf hingewiesen haben.

Anhang: Ein methodisch anderer Schätzansatz auf Basis der DIW-Annahmen (optimistisches Szenario)

Die Schätzung erfolgt anhand folgender Cobb-Douglas-Produktionsfunktion:

$$Y = a(L + F_L)^\alpha (H + F_H)^\beta K^{1-\alpha-\beta}$$

Dabei bezeichnet Y das nominale BIP, a die totale Faktorproduktivität, L die unqualifizierten Arbeitskräfte, H die qualifizierten Arbeitskräfte und K den volkswirtschaftlichen Kapitalstock. Mit F_L und F_H wird die Zunahme der jeweiligen unqualifizierten bzw. qualifizierten Arbeitskräfte aufgrund des Flüchtlingszustroms bezeichnet.

Bekanntlich entsprechen unter den Standardannahmen der neoklassischen Theorie die Exponenten den jeweiligen Anteilen der Produktionsfaktoren am BIP. Wir verwenden dafür ebenso wie das DIW die durchschnittlichen Quoten der Jahre 2010 bis 2014. Für die Lohnquote W/Y bzw. die Bruttogewinnquote (d.h. vor Abzug von Abschreibungen und indirekten Steuern) Q/Y ergibt sich demnach

$$W/Y = \alpha + \beta = 0,503$$

$$Q/Y = 1 - \alpha - \beta = 0,497$$

Die Aufteilung der Lohnquote auf Unqualifizierte und Qualifizierte erfolgt anhand von deren Anteilen L bzw. H an der Gesamtbeschäftigung sowie anhand ihrer jeweiligen Produktivität w_L bzw. w_H . Die Beschäftigtenanteile wurden aus der Statistik sozialversicherter Beschäftigter berechnet. Demnach beträgt der Anteil der Beschäftigten ohne Berufsausbildung 9,2 %, der Anteil von ausgebildeten Arbeitnehmern also 90,8 %.¹⁷ Die Produktivität der Unqualifizierten wurde analog dem Vorgehen des DIW mit zwei Dritteln der Produktivität der Qualifizierten angenommen, wobei letztere auf 1 normiert wurde. Somit erhält man für die normierte Lohnsumme insgesamt

$$W = w_L L + w_H H = 0,67 * 0,092 + 1 * 0,908 \approx 0,06 + 0,91 = 0,97$$

Daraus errechnen sich die jeweiligen Anteile am Lohneinkommen als

$$\frac{w_L L}{W} = \frac{0,06}{0,97} \approx 0,062$$

$$\frac{w_H H}{W} = \frac{0,91}{0,97} \approx 0,938$$

Da der Anteil des Lohneinkommens am BIP insgesamt 50,3 % beträgt (s.o.), errechnen sich die beiden Teilexponenten daraus leicht wie folgt:

$$\alpha = 0,062 * 0,503 \approx 0,031$$

$$\beta = 0,938 * 0,503 \approx 0,472$$

Der volkswirtschaftliche Kapitalstock K wird vom Statistischen Bundesamt mit insgesamt 16,8 Billionen € (einschließlich Wohnungen) angegeben. Für die eigentliche Produktion sind Wohnungen zwar

¹⁷ Die Beschäftigten ohne Angabe der Qualifikation blieben bei der Berechnung dieser Anteile unberücksichtigt. Sie gingen jedoch in die Zahl der Gesamtbeschäftigten ein, auf welche die Anteile hochgerechnet wurden.

nicht direkt relevant, wohl aber für die Unterbringung der Flüchtlinge, so dass hier der gesamte Kapitalstock der Produktionsfunktion zugrunde gelegt wird.¹⁸

Das BIP betrug 2015 in nominaler Rechnung 3.029 Mrd. €. In der Basisrechnung für 2015 wird analog zur DIW-Rechnung angenommen, dass noch keine Flüchtlinge in den Arbeitsmarkt integriert sind, d.h. F_L und F_H werden gleich Null gesetzt. Die Gesamtzahl der Beschäftigten (inklusive solcher ohne Angabe der Qualifikation) betrug 2013 rd. 29,856 Millionen. Daraus errechnen sich durch Anlegung der oben berechneten Quoten die absoluten Zahlen der unqualifizierten Beschäftigten (2,715 Mio.) bzw. der qualifizierten Beschäftigten (26,9 Mio.).

Somit sind alle Variablen der Produktionsfunktion bekannt bis auf die totale Faktorproduktivität a . Diese lässt sich aber leicht aus der Produktionsfunktion berechnen, da das nominale BIP bekannt ist, und beträgt hier 4,937. Die gesamte Produktionsfunktion lautet somit:

$$BIP_{nom} = 4,937 * (2.715.518 + F_L)^{0,031} * (26.900.162 + F_H)^{0,472} * (16.769Mrd.€)^{0,497} = 3.029Mrd.€$$

Für die zusätzlich beschäftigten, unqualifizierten Flüchtlinge im Zeitraum 2015 bis 2025 nimmt das DIW nach der Excel-Tabelle insgesamt eine Zahl von 1,027 Mio. an. Für die zusätzliche Beschäftigung qualifizierter Flüchtlinge gibt es dort keine Annahme, sie wird offenbar mit Null angesetzt. Hier gehen wir abweichend davon aus, dass 10 % aller Flüchtlinge qualifiziert und nur 90 % unqualifiziert sind. Das ist also eine für die DIW-Rechnung günstigere Annahme. Daraus ergibt sich eine Beschäftigungszunahme von insgesamt 1,141 Mio. Flüchtlingen, von denen $F_L = 1,027$ unqualifiziert und $F_H = 0,114$ Mio. qualifiziert sind.

Setzt man diese Werte in die Produktionsfunktion ein, so erhält man angebotsseitig eine Steigerung des nominalen BIP um insgesamt 1,2 % durch die Flüchtlinge. Das Pro-Kopf-Einkommen (bezogen auf alle Beschäftigten) sinkt dagegen um 2,6 %. Das Pro-Kopf-Einkommen der einheimischen Arbeitnehmer (also ohne die Flüchtlinge) sinkt um 0,9 %. Wenn man die Bruttogewinne sowie ihre Löhne addiert und auf die Zahl der einheimischen Beschäftigten bezieht (wie es das DIW tut), erhält man eine minimale Steigerung des Pro-Kopf-Einkommens der einheimischen Bevölkerung um 0,1 %. Allerdings sind darin noch die Abschreibungen enthalten, die kein verfügbares Einkommen darstellen, und die Flüchtlingskosten sind noch nicht abgezogen.

Betrachtet man allein die Lohneinkommen, so profitieren nur die qualifizierten Arbeitnehmer und die Kapitaleigner mit einem nominalen Einkommenszuwachs von jeweils 1,2 %. Dem steht aber ein Einkommensverlust der unqualifizierten Einheimischen von 26,6 %, also um mehr als ein Viertel ihres Einkommens gegenüber.

Diese Ergebnisse stehen im Einklang mit der ökonomischen Theorie: Es gewinnen bei Zuwanderung eines Produktionsfaktors immer der jeweils komplementären Produktionsfaktoren, hier also die Qualifizierten sowie die Kapitaleigner. Dagegen verliert derjenige Faktor, mit dem die Zugewanderten in Konkurrenz treten, hier also die Unqualifizierten. Sie müssten entweder entsprechende Lohneinbußen hinnehmen, oder sie würden arbeitslos, oder ihre Löhne müssten in entsprechendem Umfang

¹⁸ Die absolute Höhe des Kapitalstocks ist insoweit für die hier vorgelegte Rechnung irrelevant, als ein höher oder niedriger angesetzter Kapitalstock automatisch zu einer entsprechend niedrigeren bzw. höheren totalen Faktorproduktivität führt. Er ist aber für die Behandlung der Abschreibungen von Bedeutung, vgl. weiter unten.

subventioniert werden, was wiederum zu Lasten der Einkommen der Qualifizierten oder der Kapitaleigner ginge.

Nun müssen noch die Beträge abgezogen werden, mit denen die einheimische Bevölkerung zur Deckung der Flüchtlingskosten belastet wird. Allerdings darf man bei einer solchen Rechnung – anders als das DIW – nicht vom BIP ausgehen, relevant ist vielmehr das Verfügbare Einkommen der Gesamtwirtschaft. Dieses unterscheidet sich vom BIP vor allem durch den Abzug der Abschreibungen, welche kein Einkommen darstellen und deshalb auch nicht verteilt werden können. Zudem sind beim Übergang vom BIP zum Verfügbaren Einkommen noch der Saldo der Auslandseinkommen sowie die laufenden Übertragungen an die Übrige Welt zu berücksichtigen. Ersterer berücksichtigt, dass ein Teil des Verfügbaren Einkommens der Inländer im Ausland erzielt wird, der noch nicht im BIP enthalten ist. Letztere sind unentgeltliche Zahlungen an das Ausland wie z.B. Beiträge an internationale Organisationen oder Entwicklungshilfe, welche das Verfügbare Einkommen der Inländer verringern. Die beiden letztgenannten Positionen kompensieren sich tendenziell und sind quantitativ nicht sehr bedeutsam.

Anders verhält es sich jedoch mit den Abschreibungen. Sie machten im Durchschnitt der Jahre 2010 bis 2014 nicht weniger als 17,8 % des BIP aus und reduzieren somit den verbleibenden Verteilungsspielraum deutlich. Das DIW berücksichtigt diesen Abzugsposten nicht, er wird nicht erwähnt.

Da die hier vorgelegte Rechnung einen immerhin zehnjährigen Zeitraum erfasst (das DIW rechnet sogar bis 2035), dürfen die Abschreibungen nicht außer Betracht bleiben. Wir wählen hier einen Abschreibungssatz von insgesamt 9 % bezogen auf das BIP, welcher in der Mitte zwischen dem empirischen Wert von knapp 18 % und dem vom DIW faktisch mit Null angesetzten Wert liegt. Für die beiden anderen Korrekturposten (Primäreinkommenssaldo und Transfersaldo) werden jeweils ihre Durchschnittswerte in den Jahren 2010 bis 2014 angesetzt, was jedoch kaum ins Gewicht fällt. Das Verfügbare Einkommen der Gesamtwirtschaft für das Jahr 2015 errechnet sich demnach wie folgt:

Zuwachs BIP	+1,2 %	=	36.383.378
./. Zuwachs Abschreibungen	9 % vom BIP	=	3.274.504
+ Zuwachs Primäreinkommenssaldo	2,3 % vom BIP	=	836.818
./. Zuwachs Transfers an Ausland	1,3 % vom BIP	=	472.984
= Zuwachs Verfügbares Einkommen Gesamtwirtschaft	92,0 % des BIP	=	33.472.708

Während also das BIP nach unserer Rechnung durch die Flüchtlinge angebotsseitig um 36,4 Mrd. € zunimmt, bedeutet dies für das Verfügbare Einkommen der Gesamtwirtschaft nur einen Zuwachs um 33,5 Mrd. €. Der Verteilungsspielraum steigt somit insgesamt weit weniger als vom DIW errechnet, obwohl wir hier zusätzlich eine Beschäftigung von 114.000 qualifizierten Flüchtlingen unterstellt haben.

Damit ist die Rechnung aber noch nicht beendet, denn es müssen nun gemäß dem DIW-Vorgehen noch die Lohnedinkommen der Flüchtlinge sowie die von ihnen verursachten, aber von den Einheimischen zu tragenden Kosten abgezogen werden. Die Lohnsummen der Flüchtlinge wurden oben bereits errechnet. Sie sind wegen der korrigierten Produktivitätsberechnung höher als vom DIW ausge-

wiesen. Für die Kosten der Flüchtlinge wird der DIW-Wert aus der Excel-Tabelle von 0,51% des BIP im Jahr 2025 angesetzt.¹⁹ Man erhält dann:

Zuwachs Verfügbares Einkommen Gesamtwirtschaft	=	33.472.708
./. Zuwachs Lohnsumme unqualifizierte Flüchtlinge	=	26.076.724
./. Zuwachs Lohnsumme qualifizierte Flüchtlinge	=	6.105.766
= Zuwachs Verfügbares Einkommen Einheimische	=	1.290.218
./. Flüchtlingskosten laut DIW 2025	0,51% vom BIP	= 15.633.455
= Nettozuwachs Verfügbares Einkommen Einheimische	=	-14.343.237

Wie man erkennt, führt schon der Abzug der Lohnkosten der Flüchtlinge zu einer Reduzierung des verbleibenden Einkommenszuwachses der Einheimischen auf lediglich 1,3 Mrd. €. Nach Abzug der Flüchtlingskosten ergibt sich gar ein Rückgang des Verfügbaren Einkommens der Einheimischen um 14,3 Mrd. € – wohlgermerkt im optimistischen Szenario des DIW.

Dabei wurden die Gesundheitskosten der Flüchtlinge vom DIW offenbar nicht einmal berücksichtigt, jedenfalls werden sie nicht erwähnt. Ihre Größenordnung kann man wie folgt grob abschätzen:

Ausgaben GKV (Mio. €)	193.001
/Versicherte in GKV (Mio.)	71
= Ausgaben pro Kopf GKV (€)	2.730
* Flüchtlinge (im Jahr 2025)	3.344.000
= Gesundheitskosten (maximal)	9.128.628.096
davon 75%	6.846.471.072
./. Kassenbeiträge beschäftigter Flüchtlinge (15%)	4.827.373.493
= Fehlbetrag	2.019.097.579

Dabei wurde vorsichtigerweise angenommen, dass ein Flüchtling im Durchschnitt nur 75 % der Kosten eines einheimischen Bürgers verursacht, was man mit dem zumindest anfangs eingeschränkten Leistungsanspruch und dem geringeren Durchschnittsalter der Flüchtlinge begründen kann. Allerdings müssen nicht nur die beschäftigten Flüchtlinge, sondern alle medizinisch versorgt werden, so dass die vom DIW für 2025 genannte Gesamtzahl von gut 3,3 Mio. Flüchtlingen zugrunde zu legen ist. Die eigenen GKV-Beiträge der beschäftigten Flüchtlinge wurden in Abzug gebracht, und zwar in Höhe von 15 % ihrer oben errechneten Lohnsumme. Dennoch verbleibt ein Fehlbetrag von rd. 2 Mrd. €, welcher der oben errechneten Minderung des Verfügbaren Einkommens hinzuzurechnen wäre.

¹⁹ Vgl. Zelle CZ15 in der Excel-Tabelle des DIW im Arbeitsblatt „good“. Dieser Wert ist bereits relativ niedrig, für die vorhergehenden Jahre rechnet das DIW mit deutlich höheren, teilweise mehr als doppelt so hohen Kosten, vgl. ebenda.